

Anlage

Verbesserung der sozialen Infrastruktur für das Studium an den hessischen Hochschulen gestalten

Antworten der Parteien auf die Wahlprüfsteine der hessischen Studierendenwerke

Mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen im Oktober haben die hessischen Studierendenwerke Wahlprüfsteine entwickelt, die im Dezember 2022 an die im hessischen Landtag vertretenen Parteien versendet wurden.

Thema der Wahlprüfsteine waren vor allem die finanzielle Sicherstellung des Leistungsangebotes der Studierendenwerke, die Förderung und der Ausbau von bezahlbarem studentischem Wohnraum und die Stärkung des BAföGs durch strukturelle Reformen.

Antworten liegen nunmehr von den Fraktionen der CDU, SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, DIE LINKE und der AfD vor.

Fünf Parteien, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE, sind sich darüber einig, dass die Studierendenwerke stärker und durch eine öffentliche Finanzierung unterstützt werden müssen, um das Bildungssystem noch besser und chancengerechter zu machen.

Lediglich die AfD Hessen schlägt vor, die gesamtdeutsche Wirtschaft zu stärken, die Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zu senken und damit generell gesellschaftliche Gruppierungen mit geringerem Einkommen, wie die der Studierenden zu stärken.

Im Detail möchte die CDU Hessen die Zuschüsse für die Studierendenwerke bedarfsorientiert ausbauen, zur Bürokratievermeidung auf einen eigenen Hochschulsozialpakt verzichten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen davon, auch weiterhin in Krisen die Studierendenwerke im Blick zu haben. Mit einem Hochschulsozialpakt wollen sie zukünftig die Aufgaben der Studierendenwerke und deren Finanzierung besser in Einklang bringen.

Die SPD wird zusätzliche finanzielle Hilfen des Landes auf den Weg bringen, um den veränderten Ausgangsvoraussetzungen Rechnung zu tragen. Sie sieht zudem eine Übergangsfinanzierung vor, die neu entstehende Defizite bis 2025 ausgleicht und ggf. in den Hochschulpakt ab 2026 überführt werden kann.

Für die FDP ist für die Stärkung der Studierendenwerke ein kluges Zusammenspiel an Maßnahmen entscheidend.

Für die Partei DIE LINKE ist eine deutliche finanzielle Entlastung der Studierenden unbedingt notwendig. Sie fordern u.a. für die Jahre 2023/24 für die Instandhaltung und Sanierung der Gebäude und zur Vermeidung von Preissteigerungen in den Mensen zusätzliche 40 Mio. Euro für den Haushalt.

Studentisches Wohnen

Die größte Einigkeit unter den sechs antwortenden Parteien herrscht beim Thema studentisches Wohnen: Der bezahlbare Wohnraum für Studierende ist nicht ausreichend und das Angebot muss entsprechend dringend ausgebaut werden.

Die CDU plant deshalb, mit Hilfe einer Task-Force Bauen wieder billiger zu machen und bürokratische Fesseln zu lösen, um einen Bau-Boom mit viel mehr Investitionen und ohne bürokratische Hemmnisse zu schaffen. Ziel sei es, eine Versorgungsquote von 10 % für besonderen studentischen Wohnraum zu erreichen und auch zukünftig verfügbare Landesgrundstücke zur Verfügung zu stellen.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN betonen, dass sie ständig auf der Suche nach geeigneten Liegenschaften und Flächen für Neubauten sind und in der Landesregierung entbehrliche Landesgrundstücke zu identifizieren versuchen, um das Ziel einer Versorgungsquote von 10 % zu erreichen.

Die SPD orientiert sich bei der Versorgungsquote der Studierenden mit günstigem Wohnraum am Bundesschnitt und möchte für dieses Ziel ein dringend benötigtes Bund-Länder-Programm auf den Weg bringen. Auf Landesebene möchte man alle Möglichkeiten nutzen, um in Hessen mehr studentischen Wohnraum zu schaffen und ein Landesprogramm Wohnraumförderung zu etablieren.

Für die FDP liegt der Schwerpunkt zur Entlastung der Studierenden auf dem Wohnungsmarkt in der verstärkten Fortsetzung bereits bestehender Programme zum Bau von Studierendenwohnungen.

DIE LINKE möchte in den hessischen Universitäts- und Hochschulstädten im Rahmen eines Fünf-Jahres-Plans 2.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze pro Jahr bzw. 10.000 Wohneinheiten insgesamt schaffen. Die Studierendenwerke sollen außerdem stärker als bisher bei der Suche nach geeigneten Grundstücken und Gebäuden unterstützt werden.

Die AfD Hessen sieht als Lösung der preis- und mietentreibenden Übernachtfrage die Ausweitung des Wohnungsangebotes sowie die Begrenzung der Zuwanderung. Hierzu bedürfe es mehr bedarfsgerechten Neubau und dazu wiederum die beschleunigte Ausweisung von Bauland, schnellere Genehmigungen und weniger kostenintensive ökologische Bauweise.

Studienfinanzierung

Beim Thema Studienfinanzierung sind sich alle sechs befragten Parteien der immensen Bedeutung des BAföGs als günstiges Mittel zur Studienfinanzierung bewusst.

Die hessische CDU spricht in diesem Rahmen von einem der wichtigsten Instrumente für Bildungsgerechtigkeit. Damit Bildung und Ausbildung nicht vom Geldbeutel abhängen, müsse sich das BAföG immer weiterentwickeln.

Die CDU werde deshalb die Wirkung des auf Bundesebene neu geregelten BAföG aufmerksam begleiten, wo nötig weitere Anpassungen anregen und sich darüber hinaus auf Bundesebene weiterhin für eine schnelle Umsetzung der noch offenen Reformschritte einsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass mit dem BAföG mehr Studierende erreicht werden. Weitere Reformschritte, die sowohl eine elternunabhängige Komponente weiter betrachten als auch die weitere Erhöhung der Bedarfssätze und die Verlängerung der Bezugsdauer, besonders bei einem Studiengangswechsel vorsehen, seien bereits geplant. Außerdem wolle man eine Studienstarthilfe schaffen, die Kindern aus Familien im Hartz IV-Bezug hilft, die Anfangsinvestitionen zu Beginn des Studiums zu stemmen.

Die hessische SPD fordert, dass das BAföG wieder zum zentralen Instrument der Studien- und Bildungsfinanzierung werden und zum sozialen Ausgleich beitragen müsse. Sein quantitativer Ausbau und sein noch weitgehend ausstehender struktureller Umbau mit einer Ausrichtung auf die gegenwärtige Lebenswirklichkeit der Studierenden habe für die SPD oberste Priorität. Deshalb werde die Partei auf Landesebene die Voraussetzungen für ein digitales Antrags- und Umsetzungsverfahren in den BAföG-Ämtern verbessern und eine umfassende Entbürokratisierung vornehmen.

Die hessische AfD sieht eine Ausweitung des Kreises der Förderberechtigten auf Personen vor, die ein Studium auch aus eigener Kraft finanzieren könnten oder deren Eltern über ein entsprechendes Einkommen verfügen. Die Partei fordert u.a., dass der Vermögensfreibetrag sich lediglich von bisher 8.200 Euro auf 8.500 Euro erhöhen soll und die Altersgrenze von 30 Jahren bestehen bleibt. Die Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge solle die Inflation berücksichtigen.

Die FDP begrüßt nach jahrelanger Untätigkeit die neueren Reformen und möchte die Bundesebene bei weiteren Reformen hin zu mehr Elternunabhängigkeit begleiten.

Die Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, das BAföG deutlich zu erhöhen, und zwar so, dass der Lebensunterhalt inklusive Studium davon bestritten werden kann. Zudem müsse es elternunabhängig und wesentlich vereinfachter zu beantragen sein. Die Partei fordert außerdem die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine umfassende Reform stark zu machen.

Hochschulgastronomie

Wie schon beim Thema BAföG sind sich die sechs Parteien auch bei der Hochschulgastronomie über die Notwendigkeit steigender finanzieller Zuschüsse für die Studierendenwerke einig.

Die CDU werde die Studierendenwerke bei ihrem Versorgungsauftrag mit Essen zu sozial verträglichen Preisen weiter stärken. Man bekenne sich gerade auch angesichts hoher Inflationsraten und steigender Kosten zu dieser Verantwortung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Erhalt und die Modernisierung der Mensen und Cafeterien sicherstellen. In Zukunft wolle man mit dem Hochschulsozialpakt die für die Studierendenwerke zur Verfügung stehenden Mittel zur Erfüllung des Versorgungsauftrags an die realen Bedürfnisse anpassen. Außerdem setze man sich für ein Bundesprogramm für die Sanierung von Mensen ein.

Die SPD Hessen möchte die zusätzlichen Finanzierungsbedarfe u.a. für bezahlbare Mensen unmittelbar nach einem Regierungswechsel in einem Sofortprogramm angehen. Denn diese seien Voraussetzung, damit ein Studium künftig tatsächlich allen gleichermaßen offenstehe. Man werde deshalb die Studierendenwerke stärker finanziell unterstützen.

Die AfD möchte die allgemeinen Ausgaben für die Hochschulen erhöhen. Dies würde dann auch den Mensen und Cafeterien zugutekommen, so dass diese auch den Versorgungsauftrag erfüllen könnten.

Die Freien Demokraten unterstützen die Studierendenwerke bei dieser Arbeit und sehen die Notwendigkeit, grundsätzlich die Finanzierung zu überprüfen und ggf. zu verändern, um sicherzustellen, dass auch zukünftig die Aufgaben auch in den betreffenden Bereichen erfüllt werden können.

Laut der Partei DIE LINKE müssen Mensen und Cafeterien bzw. die Studierendenwerke finanziell so ausgestattet sein, dass sie gesunde, vielfältige und biologisch angebaute Speisen zu einem geringen, für Studierende zahlbaren Preis verkaufen können. Man plane deshalb Soforthilfen für Studierende sowie die Möglichkeit eines Sonderfonds, um zu gewährleisten, dass die Versorgung zu weiterhin günstigen Preisen sichergestellt sei.

Beratungsleistungen

Bezüglich der Beratungsleistungen der Studierenden befürworten alle Parteien bis auf die AfD die weitergehende Unterstützung der Studierendenwerke.

Aus der Sicht der CDU Hessen nehmen die Beratungs- und Unterstützungsangebote eine Schlüsselrolle für ein erfolgreiches Studium ein. Man würdige auch ganz besonders die kostenlosen und vielfältigen Beratungsangebote der hessischen Studierendenwerke, eine neue eigene Zuschussregelung für die Beratungsleistungen sehe man aber nicht an erster Stelle.

Die niedrigschwelligen Beratungen für Studierende in verschiedenen Belangen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Hochschulsozialpakt zukünftig stärken.

Für die SPD muss die psychosoziale und therapeutische Beratung der Studierenden schnellstmöglich durch eine gezielte Landesförderung ausgebaut werden. Man wolle flächendeckend zielgruppenspezifische Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote beim Übergang zur Hochschule und kontinuierlich während des Studienverlaufes einführen. Es sollen nicht nur die BAföG-Ämter und Beratungsstellen gestärkt werden, sondern auch eine flächendeckende psychosoziale und psychologische Begleitung ermöglicht und Beratungsangebote für chronisch Erkrankte eingerichtet werden.

Eine pauschale Förderung aller Beratungsangebote lehnt die AfD Hessen ab. Es gebe Bereiche, in denen man aber auch als Studierende jemanden brauche, der als Ansprechpartner*in Hilfestellung geben kann. Hier müsse also differenziert werden, um welche Beratungsleistung es sich handele.

Laut FDP werden die Beratungs- und Unterstützungsangebote von Hochschulen und Studierendenwerken weiterhin wichtig bleiben. Eingebettet in ein Gesamtkonzept zur besseren Berufs- und Studienorientierung würden diese daher weiterhin unterstützt.

DIE LINKE werde die Beratungsstellen an den Hochschulen ausweiten und finanziell untermauern. Die Partei sehe die Notwendigkeit der Sicherstellung und Ausweitung von Beratungsangeboten.

Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen

Einigkeit herrscht bei fast allen Parteien beim Thema Studium mit Kind oder pflegebedürftigen Angehörigen: eine Ausweitung des Betreuungsangebots und eine Anpassung der Studiengänge an Studierende mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen sei notwendig.

Für die CDU steht eine gute Kinderbetreuung im Zentrum der Vereinbarkeit von Studium und Familie. Um dies zu gewährleisten, müsse das Betreuungsangebot auch direkt an den Hochschulen weiter ausgebaut werden. Man unterstütze daher, wenn im Rahmen der Wissenschaftsfreiheit von den Hochschulen flexible Lehrangebote, hybride oder digitale Angebote mit zeitlicher Flexibilität und vergleichbare Angebote gemacht werden, die es kindererziehenden Studierenden erleichtern, ihr Studium zu absolvieren.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Vereinbarkeit von Studium, Familie und Care-Arbeit eine Frage der Chancengerechtigkeit in der Bildung. Daher wolle man sich weiterhin für höhere Zuschüsse für die Studierendenwerke einsetzen und dies in einem neuen Hochschulsozialpakt berücksichtigen.

Die SPD möchte auf ein Selbstverständnis der Hochschulen hinwirken, dass eine jederzeitige Entscheidung für eine Familiengründung ermöglicht und das Studium, Promotion und Beschäftigung mit Kind statt als Ausnahme als Normalität anerkennt und unterstützt wird. Solche zusätzlichen Finanzierungsbedarfe möchte die Partei wie erwähnt unmittelbar nach einem Regierungswechsel in einem Sofortprogramm angehen.

Um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken, fordert die AfD den Ausbau des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen. Zudem setze man auf Hilfen und Beratung während des Studiums. Aber auch hier dürfe das Ziel nicht sein, dass Kinder ganztägig betreut werden.

Die Vereinbarkeit von Bildung und Familienaufgaben sei für die FDP sehr wichtig. Man wolle daher intensiv auf Betreuungsangebote, Unterstützung für pflegende Studierende und familienfreundliche Studienverlaufsplangestaltung hinwirken.

DIE LINKE messe der Vereinbarkeit von Studium und Kindererziehung eine sehr hohe Bedeutung zu. Um diese zu ermöglichen, müsse sie mit verlässlichen und ausreichenden finanziellen Mitteln gefördert werden.

Kultur und Internationales

Bezüglich des Blocks Kultur und Internationales sind sich bis auf die AfD alle Parteien der Wichtigkeit dieser Themen für die Studierenden bewusst.

Kulturelle Angebote aus dem Kreis der Studierenden möchte die CDU unterstützen, soweit sie die Erfüllung der vorrangigen gesetzlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen. Bei der Unterstützung und Integration internationaler Studierender seien die Studierendenwerke sehr wichtige Akteure. Um die Finanzierung der diesbezüglichen Angebote in den Studierendenwerken zu gewährleisten, werde man sich dafür einsetzen, dass ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Laut BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht das Hessische Studierendenwerksgesetz richtigerweise die Förderung kultureller Interessen vor. Durch den Hochschulsozialpakt wolle man eine sinnvolle Finanzierung dessen sicherstellen.

Für internationale Studierende wolle man besonders bei Wohnheimen prüfen, inwieweit es sinnvoll sein kann, das Angebot in Anlehnung an Angebote in anderen Ländern zu vervielfältigen und auf verschiedene Bedürfnisse anzupassen.

Die SPD werde Studierendenwerke und Studierendenschaften dabei unterstützen, die in der Praxis schon vorhandenen Ansätze für kulturelle Angebote weiterzuentwickeln und auszuweiten und verweist auf das angedachte Sofortprogramm.

Man wolle außerdem Wissenschaftskooperationen und die Unterstützung von internationalen Wissenschaftler*innen und Studierenden verstärken und sieht die Studierendenwerke hier in der Pflicht, besondere soziale Härten zu mildern.

Laut AfD Hessen sollten Studierendenwerke ihre begrenzten Finanzmittel insbesondere für

ihre Hauptaufgaben (Studentenwohnheime, Mensen) ausgeben. Kulturelle Angebote gehörten u. E. nur sehr begrenzt dazu.

Das große Problem bei internationalen Studenten sei, dass diese zu großen Teilen nach ihrem Studium wieder ins Ausland abwandern. Internationale Studenten sollten deshalb nur dann Unterstützung erfahren, wenn diese sich auch in Hessen niederlassen wollten und somit zum Wohlstand in Deutschland beitragen wollten.

Kulturelle Bildung sei für die FDP ein unverzichtbarer Bestandteil aller Lebensphasen. Sie zu schützen und zu fördern sei für das studentische Zusammenleben wichtig und bedeutsam für die Partei.

Für internationale Studierende setze man sich das Ziel, die internationale Vernetzung der hessischen Hochschulen, ihrer Studierenden und Lehrenden massiv zu stärken.

Laut DIE LINKE haben Studierendenwerke umfassende Angebote für international Studierende geschaffen, die von hoher Bedeutung und nicht wegzudenken seien. Für eine gezielte Förderung sei deshalb ein gemeinsames Gespräch mit den Studierendenwerken gewünscht.

Beschäftigte der Studierendenwerke

Beim letzten Thema Beschäftigte der Studierendenwerke in Hessen sind sich alle Parteien über die Wichtigkeit der ausgehandelten Steigerungen der Tarifparteien einig.

Die CDU Hessen will den Tarifvertrag für die Angestellten des Landes weiter an die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit unseren Tarifpartnern an die aktuelle Arbeitsmarktsituation anpassen.

Die SPD möchte den Fachkräftemangel proaktiv mit fortschrittlichen und mitarbeiterorientierten Konzepten gestaltet. Eine gute Bezahlung mit verbesserten Entwicklungschancen der Mitarbeiter*innen des Öffentlichen Dienstes und eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft - unter Beibehaltung der Hessenspezifika - sei eine wichtige Voraussetzung für eine gute und fortschrittliche Verwaltung und das für alle Ebenen.

Es sei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bewusst, dass es den Studierendenwerken aktuell schwerfällt, bei der Einstellung die ausgehandelten Tarifsteigerungen angemessen weiterzugeben. Dieser Problematik wolle man ebenfalls bei der Ausgestaltung des Hochschulsozialpaktes begegnen und diese werde auch im nächsten Hochschulpakt eine wichtige Rolle spielen.

Die AfD Hessen möchte dafür sorgen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt werden. Dem Fachkräftemangel wolle man begegnen, indem man dafür Sorge, dass weniger studieren und mehr eine Ausbildung beginnen.

Grundsätzlich möchte die FDP die Verhandlungsergebnisse der Tarifparteien berücksichtigen und damit das Vertrauen in die Marktmechanismen stärken. Damit soll schlussendlich die Attraktivität des Landes steigen, um so einen Beitrag zur Minderung des Fachkräftemangels in vielen Bereichen der Verwaltung beizutragen.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die von den Tarifparteien ausgehandelten Steigerungen in den Berechnungen des Landeszuschusses verbindlich berücksichtigt werden. Zudem möchte man, dass Hessen zurückkehrt in die Tarifgemeinschaft der Länder.

Alles zu den Wahlprüfsteinen und wie die Parteien sich im Original äußern, erfahren Sie auf der gemeinsamen Homepage der hessischen Studentenwerke:

www.studierendenwerke-hessen.de

Die Studierendenwerke in Hessen sind sozialwirtschaftliche Unternehmen mit gesetzlichem Auftrag bei der Bewirtschaftung von Mensen, Cafés und Studierendenwohnheimen, beim Vollzug des BAföG sowie der Beratung von über 200.000 Studierenden und anerkannt kompetente und leistungsfähige Partner der Hochschulen. Sie sind wichtige Akteure in der Realisierung des sozialstaatlichen Bildungsauftrages und als hochschulübergreifende Kompetenz- und Dienstleistungszentren stellen sie die unverzichtbare soziale und wirtschaftliche Infrastruktur im gesamten Hochschulraum sicher.